

Handel und Gewerbe im dritten Kriegsjahr.

M. Berlin, 6. Febr. (Telegr.) Die heutigen sechsstündigen Verhandlungen der Staatshaushaltskommission zum Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung brachten zunächst einen breit ausgespannenen Abgesang zum Titel „gewerblicher Mittelstand“. Das allbeherrschende Sehnsuchtsmotiv „heraus aus dem Sozialismus und Kollektivismus der Kriegsgesellschaften, zurück in die bewährte Privatwirtschaft!“ brachte einen mißtrauischen nationalliberalen Redner zu dem anmutigen Vergleich von einer alten Kommode, deren verquollene Fächer wohl leicht herauszuziehen, aber um so schwerer wieder in den Statusquo zurückzuführen seien. Der geschickten Taktik des revisionistischen sozialdemokratischen Kommissionsmitgliedes gegenüber konnten sich verschiedene bürgerliche Redner eines leisen Fröstelns nicht wehren. Der Konservative fürchtete seine Danaergeschenke so sehr, daß er ihn bat, doch durch das zu stark bekundete Wohlwollen dem Mittelstande nicht zu schaden. Die Mittelstandsdebatte schritt schon in die fünfte Stunde, ehe noch eine Koda austauchte mit dem nicht gerade originellen Thema: Kleinhandelskammern. Der Minister winkte vernehmlich ab. Die endlich einsetzenden Erörterungen zum Ministergehalt brachten u. a. interessante Vorschläge zur Wiederherstellung unsers Außenhandels nach dem Kriege, wobei nationalliberalerseite eine Reform des Überseebienstes der deutschen Presse verlangt wurde, unter Vorweisung geradezu erschütternder Belege für die skrupellose Unterminierung der Ehre der deutschen Industrie in den Augen des Auslandes, dem man vorgegrault hat, daß die 19 Millionen Tonnen deutschen Roheisens in Zuchthäusern (!), die billigern Rastenerzeugnisse großenteils von schlecht entlohnnten Kinderhändchen hergestellt würden. Auch die sogenannte „tschechische Gefahr“ im mitteldeutschen Braunkohlenggebiet, wo die angeblich feindlichen Brüder Julius und Ignaz Petschel aus Auzig und Prag Werk auf Werk unter ihre Kontrolle bringen, fand am Regierungstisch wie bei den Parteien aufmerksame Beobachter. Der Handelsminister hielt die Lage zwar noch nicht für geklärt genug, ließ aber keinen Zweifel darüber, daß, wenn die Selbsthilfe der Interessenten gegenüber dem drohenden Privatmonopol versage, die Zwangssyndizierung der mitteldeutschen Braunkohlenwerke als vorletzter Ausweg in Betracht käme. Aber auch das letzte Mittel wurde von verschiedenen Rednern — darunter besonders energisch von einem nationalliberalen, trotz seiner sonstigen Begnerschaft gegen ein staatliches Bergbaumonopol — in Erwägung gezogen, nämlich die Mitbeteiligung des Staates an der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie. Infolge der wider Erwarten langen Aussprache zu Handel und Gewerbe kam man nicht mehr, wie vorgesehen, zum Bergetat; doch sind wichtige Kapitel desselben heute schon mit erledigt worden.